

20.05.2020

## Kleine Anfrage 3735

des Abgeordneten Stefan Kämmerling SPD

### **Kommunen als Maschinenraum Deutschlands – Kommunalisierungsgrad und finanzieller Ausgleich?**

Seit Jahren wird über die angespannte Finanzsituation der Kommunen in Nordrhein-Westfalen diskutiert. Mitverantwortlich für die Unterfinanzierung der lokalen Ebene ist neben der Steuerreform Anfang der 2000er Jahre auch die Absenkung des sog. Verbundsatzes des Gemeindefinanzierungsgesetzes im Jahr 1985. Der kommunale Anteil an den Gemeinschaftssteuern wurde von 28,5 Prozent auf 23 Prozent abgesenkt. Um ihren Aufgaben weiterhin gerecht werden zu können, mussten die Kommunen viele Aufgaben durch Kredite finanzieren. Von den bundesweit rund 35,2 Milliarden Euro Kassenkrediten in den Kernhaushalten der Kommunen zum 31.12.2018 entfallen auf die NRW-Kommunen rund 22,6 Milliarden Euro. Die Kassenkredite der NRW-Kommunen, die vergleichbar mit privaten Dispokrediten sind, machen damit fast 2/3 aller Kassenkredite aus.

Neben der Finanzausstattung ist auch der hohe Kommunalisierungsgrad staatlicher Aufgaben maßgeblicher Einflussfaktor für die Finanzlage der Städte und Gemeinden sowie der Kreise in Nordrhein-Westfalen. Nordrhein-Westfalen weist bundesweit einen der höchsten Kommunalisierungsgrade auf.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie hat sich der Kommunalisierungsgrad in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu anderen Bundesländern seit 2010 entwickelt? (bitte nach Jahren und Bundesländern aufschlüsseln)
2. Welche Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung müssen die NRW-Kommunen aufgrund landes- oder bundesgesetzlicher Vorschriften wahrnehmen? (vollständige tabellarische Aufgabenliste unter Angabe der zugrundeliegenden Normen bitte differenziert nach Landes- und Bundesrecht)
3. Welche pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben müssen die NRW-Kommunen aufgrund landes- oder bundesgesetzlicher Vorschriften wahrnehmen? (vollständige tabellarische Aufgabenliste unter Angabe der zugrundeliegenden Normen bitte differenziert nach Landes- und Bundesrecht)

4. Für welche landes- oder bundesgesetzlich verursachten Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung bzw. pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben der NRW-Kommunen existieren Konnexitätsregelungen oder vergleichbare Kompensationsmechanismen? (vollständige tabellarische Auflistung bitte differenziert nach Landes- und Bundesrecht)
5. Welche Aufgaben – Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung, pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben – wurden innerhalb des Zeitraums der 14., 15., 16. und 17. Wahlperiode vom Land auf die Kommunen übertragen, mit und ohne Konnexitäts- oder anderweitiger Finanzierungsregelungen? (bitte nach Wahlperioden aufschlüsseln)

Stefan Kämmerling